bekannte der Oberste Führer jetzt, ist „noch nicht reif für den Kommunismus". Und Fidel scheute sich nicht, eigenes Versagen einzugestehen: „Wir waren nicht fähig, in der Verwaltung wenigstens die gleiche Effizienz zu beweisen wie die Kapitalisten."

Desorganisation und groteske Fehlplanung brennsten Kubas Marsch ins sozialistische Schlaraffenland. Der Fehlschlag der voreilig zum Prüfstein der Revolution erhobenen „Großen Zuckerernte" des Jahres 1970 war es schließlich, der Castro zwang, das Steuer herumzuwerfen.

Kubas Wirtschaft hatte durch die Massenmobilisierung von einer halben Million Erntehelfern und fast sämtlicher Transportmittel etwa ein Viertel ihrer Jahresproduktion eingebüßt: Kuba geriet immer weiter in die Abhängigkeit von der Sowjet-Union, die dem Máximo Líder mit über zwei Millionen Dollar täglich hilft — und mit einem Heer von Beratern. Mit fünf Milliarden Dollar steht Castro inzwischen bei den Sowjets in der Kreide.

Enttäuscht stellten die Kubaner fest, daß sich die Versorgung nach der „Großen Ernte" nicht besserte, sondern eher noch verschlechterte. Praktisch ohne Aussicht, über die karge Ration hinaus etwas kaufen zu können, verloren viele Kubaner jedes Interesse, zu arbeiten und Geld zu verdienen.

Zwar machte ein „Gesetz über Bummelei" bald Arbeit zur „sozialen Pflicht". Doch besser noch, so kalkulierte die Regierung, ließen sich Arbeitskräfte finden, wenn ihnen das Geld ausging: Sie brachte zusätzliche Konsumgüter zu hohen Preisen auf den Markt und schöpft damit Kaufkraft ab — vier Milliarden Mark seit 1971.

So können Kubas Raucher neben ihrer Wochen-Ration von einem Päckchen Zigaretten (zu 65 Pfennig) zusätzliche Schachteln à 4,15 Mark oder 6,25 Mark kaufen. Die Trinker freilich müssen für eine Flasche einheimischen Rum schon 40 bis 78 Mark bezahlen.

Fernsehgeräte (2720 Mark) und Kühlschränke (1760 Mark) dagegen werden ebenso wie Waschmaschinen, Fahrräder oder Nähmaschinen nur in Betrieben, an Arbeiter „mit der besten Einstellung zur Produktion", verkauft. Ein Facharbeiter verdient durchschnittlich knapp 500 Mark.

Die bislang sehr unterschiedlichen Einkommen — ein Arbeiter mit einem hohen „historischen Lohn" aus der vorrevolutionären Zeit kann unter Umständen mehr verdienen als der Fabrikleiter — werden künftig abgestuft nach Hierarchie und Leistung. So soll der erschlaffte Eifer der Genossen wieder angeregt werden. „Die Wirtschaft des Landes kann nicht ertragen", so schimpfte Castro, „daß die Reparatur einer Zuckermühle, die in der kapitalistischen Epoche von 200 Arbeitern ausgeführt wurde, jetzt 700 erfordert."

Gleich einem kapitalistischen Arbeitgeber tut Kubas Partei-Boß es als „Irrtum" ab, „egalitäre Prinzipien auf die Arbeit anzuwenden". Er hat, so scheint es, Grund zu der Annahme, das Sein auf der sozialistischen Insel habe noch nicht allzu sehr auf das Bewußtsein seiner Landsleute abgefärbt: Seit es in den Autobussen keine Kontrolleure mehr gibt, klagte Fidel, nimmt die Zahl der Schwarzfahrer immer mehr zu.

Und die billige Lieferung von Strom sowie die kostenlose Abgabe von Wasser habe zu einer „unglaublichen" Verschwendung geführt: Viele machten sich gar nicht mehr die Mühe, die Hähne zuzudrehen.

Der Máximo Líder kündigte den Neubau einer Fabrik an — für Wasserzähler.

JAPAN

Kleines Einmaleins

Aufgeschreckt vom Kaufhausbrand in Kumamoto haben japanische Brandschützer Warenhäuser inspiziert. Sie stellten fest: „Riesige Menschenfallen".

Zur „nationalen Woche des Feuerschutzes" waren in Japan die letzten Tage des November ausgerufen worden. Am Ende der Woche zählten Leichenbeschauer 134 Flammentote.

103 Menschen waren allein bei einem Kaufhausbrand in Kumamoto umgekommen, über 100 wurden verletzt. Vorläufige Untersuchungen zeigten, daß es für die Nation keinen Grund gab, den Feuerschutz im Kumamotoer Taiyo-Kaufhaus noch in den großen „Depatos" anderswo zu feiern.

Ein achtlos weggeworfener Zigarettenstummel war im Taiyo Ursache des Flammeninfernos, doch es war, so ein Beamter des Innenministeriums, „keineswegs eine Tragödie, bei der man sich auf höhere Gewalt berufen kann".

Mochte Taiyo-Präsident Yamaguchi auch beschwören, „den Profit niemals höher als die Sicherheit des Kunden" bewertet zu haben — die Polizei kam zu anderen Ergebnissen.

Über den Ausbruch des Feuers wurden von der Firmenführung weder Polizei noch Feuerwehr benachrichtigt, keine Warnung, etwa über die hauseigene Lautsprecheranlage, erging an die 4500 Kunden, eine automatische Alarmanlage fehlte ebenso wie eine Löschanlage. Spezielle Nottreppen waren nicht vorhanden — man hatte sie für einen Erweiterungsbau abgerissen.

Bauaufsichtsbehörde und Feuerwehr von Kumamoto kannten diese Mängel wohl, sie hatten Präsident Yamaguchi auch mehrfach verwarnt. Dennoch wurde ihm der Ausbau seines Warenpalastes um weitere 4500 Quadratmeter genehmigt. „Gehört es nicht zum kleinen Einmaleins der Verantwortlichen, einen Laden zuzumachen, wenn der Feuerschutz nicht funktioniert", empörte sich das Massenblatt „Asahi Shimbun" und fragte nach „Lektionen", die ein Kaufhausbrand in Osaka (118 Tote) bereits hätte erteilen müssen.

Jetzt scheint die Tokioter Regierung endlich entschlossen, ihr Einmaleins zu lernen. Denn als das Zentralamt für Brandbekämpfung kürzlich knapp 600 Großverkaufsstätten im ganzen Land inspizierte, stellte es, so Amtschef Sasaki, „mit einigem Entsetzen" fest, daß über zehn Prozent über keinerlei automatische Lösch- oder Alarmanlage verfügten, bei der Hälfte waren die Schutzvorrichtungen „ungenügend".

Kaufhausbrand in Kumamoto: „Es war nicht höhere Gewalt"

Die Tokioter Feuerwehr mochte bei einer Untersuchung nur gut 30 von 160 getesteten Läden das Sicherheitspradikat „ausreichend" verleihen, und ein am vorvergangenen Wochenende veröffentlichtes Ergebnis des Zentralamtes, abgestellt auf die riesigen Kaufhäuser Tokios und Osakas, klingt noch alarmierender.

Zwölf der Groß-Kaufhallen, die gleichzeitig mehrere zehntausend Kunden fassen, verfügen nicht einmal über simpelste Sprinkler-Anlagen. „Kaum ausreichend bis völlig ungenügend" seien die Fluchtwege.

Im Katastrophenfall würden sich diese Häuser „mit größter Wahrscheinlichkeit in gigantische Menschenfallen verwandeln", prophezeit der Architektur-Professor und Katastrophenschutz-Experte Mitsumasa Okada. Unter der „fast unrealistischen Annahme, daß keine Panik ausbricht", rechnet Okada mit 70 Prozent Toten und Verletzten, und das bei 30 000 Kunden, die sich im Schnitt jeweils in einem der großen Tokioter Depatos aufhalten.

Zudem sind Notausgänge, Treppenhäuser und automatische Brandschutztüren bei mehr als 50 Prozent der Großläden mit Warenstapeln verstellt. Fest installierte Löschvorrichtungen können im Feuerfall nicht helfen, weil Verkaufsstände laufend umgebaut werden und Angestellte die Orientierung verlieren. In einer Befragung konnten 60 Prozent des Verkaufspersonals nicht angeben, wo in ihrer Abteilung ein Schlauch oder Handlöschgerät hängt.

Unter dem Schock des Brandes von Kumamoto haben jetzt von der Feuerwehr vergatterte Kaufhauschefs den seit Jahren vernachlässigten Feuerdrill für die Belegschaft wieder aufgenommen. Nur einer wenige Tage zuvor erteilten Schulung ist es nach Meinung der Polizei zu verdanken, daß kein Mensch ums Leben kam, als vor drei Wochen in Tateyama das Kaufhaus Itoya bis auf die Grundmauern niederbrannte.

Dennoch bauen Brandschützer nicht allzu optimistisch auf schärfere Gesetze. Denn ein längst vorhandenes Gesetz zur Sicherheit von Kaufhauskunden wird permanent gebrochen.

Es beschränkt die zulässige Zahl von Kauflustigen auf fünf Personen pro zehn Quadratmeter. Dieser Wert wird täglich ein paarmal um 600 Prozent überschritten. „Daß Kunden wegen Überfüllung abgewiesen wurden", meinte resigniert ein Tokioter Feuerwehr-Sprecher, „ist natürlich noch nie vorgekommen."

NORWEGEN

Selber zahlen

Für mehr als zwei Kinder soll kein Kindergeld mehr gezahlt werden — wenn es nach „Norwegens Familienrat" geht.

Die 760 Millionen Chinesen und die rund 570 Millionen Inder sollen auf staatlichen Wunsch weniger Kinder kriegen — doch bald vielleicht auch die vier Millionen Norweger.

Die Staatsprämie für überdurchschnittlich fruchtbare Eltern müsse abgeschafft, das Wachstum des norwegischen Volkes gebremst werden, verlangte der staatlich finanzierte norwegische „Familienrat" („Norges Familieråd"). Rats-Direktor Rokkones und Vorstandsvorsitzender Carlsen in der Sendefolge „19 Uhr" des norwegischen Fernsehens: Das staatliche Kindergeld solle nur noch für erste und zweite Kinder gezahlt werden. Wer mehr Kinder wolle, müsse die Kosten selber tragen.

Nur so könne, glauben die Familienplaner, das norwegische Volk überleben, das gemeinsam mit den übrigen West-Nationen für den Raubbau an den materiellen Reserven der Erde verantwortlich sei:

Denn schon konsumieren die Industrieländer rund 80 Prozent aller Nahrungsmittel und Rohstoffe einschließlich des Erdöls, verbraucht ein norwegisches Kind zwanzigmal mehr als etwa ein noch gutgenährtes indisches. So gesehen, seien nicht die unter-, sondern die hochentwickelten Länder übervölkert und sollten deshalb ihre Geburtenrate drosseln.

Nach der neuesten Statistik bestehen in Norwegen 820 000 Ehen, von denen gut 100 000 kinderlos sind. Fast 300 000 Ehepaare haben mehr als zwei, in Extremfällen bis zu 15 Kinder. Die vier Millionen Norweger wachsen jährlich um rund 30 000 Menschen.

Sie verzehren Nahrungsmittel, die nur zu 29 Prozent aus dem eigenen Land kommen, nur drei Prozent dieses Landes sind landwirtschaftlich nutzbar. Und nur durch die Einfuhr hochwertiger Futtermittel läßt sich die Selbstversorgung auf 40 Prozent bringen.

Um die Ansprüche auf die eigenen und die Ressourcen der Welt nicht steigen zu lassen, möchte der Familienrat Norwegens derzeitige Bevölkerungsziffer „stabilisieren". Rokkones: „So etwas ist bei uns noch nicht diskutiert worden."

Nur Eltern, die vor einem Inkrafttreten der vorgeschlagenen Reform mehr als zwei Kinder hatten, sollen nach wie vor alle Staatszuschüsse bekommen: für das erste bis vierte Kind jährlich 250 bis 1130 Mark, vom fünften an 1220 Mark.

Wer aber nach der Reform noch eine große Familie stiften will, kann für das dritte Kind und alle weiteren Nachkommen das derzeit übliche Staatsgeld nur noch auf Kredit erhalten — er muß es nach 20 bis 30 Jahren voll zurückzahlen.

Allen jungen Paaren soll daher vor der Trauung erläutert werden, daß es für mehr als zwei Kinder kein Geld mehr gibt — jedenfalls nicht geschenkt.

Es war der bisher schärfste Angriff, der in einem westlichen Land gegen Wohlstandswelt und Kinderreichtum geführt wurde — und der Familienrat hatte über diese Thesen anderthalb Jahre lang nachgedacht, bevor er sich an die Öffentlichkeit traute.

Dennoch erregte er einen Proteststurm. Denn in Norwegen wird die Familie wie allenthalben im Abendland als soziale Institution der Gesellschaft definiert. Und der Familienrat, 1964 unter Beteiligung vieler gesellschaftlicher Gruppen — vom Gewerkschaftsbund bis zum Arbeitgeberverband — gegründet, sollte sich für die Förderung, nicht die Dezimierung der Norweger-Familie einsetzen.

Ex-Regierungschef Lars Korvald von der Christlichen Volkspartei: „Es geht nicht an, die Richtung unserer bisherigen Familienpolitik ins Gegenteil zu verkehren."